Tages-Anzeiger · Donnerstag, 2. September 2004

VOR DER REVISION DER INVALIDENVERSICHERUNG

Raus aus der «Rentenfalle»

Bundesrat und Parteien haben den Ernst der Lage begriffen: Sie wollen die Invalidenversicherung aus der Sackgasse führen. Nur müsste jetzt auch die Wirtschaft mitmachen.

Von **Beat Bühlmann**

Schönfärberei hilft nicht weiter. Innert zehn Jahren stieg die Zahl der IV-Rentner von 140 000 auf 232 000 Personen. Das jährliche Defizit beläuft sich auf 1,5 Milliarden Franken, die Schulden liegen inzwischen bei 6 Milliarden. Und nach dem fatalen Volksnein zu höheren Mehrwertsteuern wird dieses Sozialwerk innert Kürze mit über 10 Milliarden verschuldet sein. Der Invalidenversicherung droht der Kollaps.

Doch es geht nicht nur um Zahlen. Die rasant ansteigenden Rentnerkurven widerspiegeln eine gesellschaftliche Realität, die beängstigend ist. 45 Prozent der Neurenten sind auf psychische Ursachen zurückzuführen. Vor allem junge Erwachsene leiden zunehmend unter Depressionen und Angstkrankheiten. In der Schweiz ist jede fünfte Person wegen psychischer Beschwerden in Behandlung (TA vom Dienstag). Das sind nicht einfach «Simulanten» und «Scheininvalide».

Mit polemischen Zwischenrufen ist die IV-Krise ohnehin nicht zu bewältigen. Der Missbrauch, so ärgerlich er im Einzelfall sein mag, ist nicht das Kernproblem. Die Invalidenversicherung krankt an einem grundlegenden Übel. «Es gibt mehr Anreize, die Rente anzustreben, als den Schritt in die Wiedereingliederung zu wagen», konstatiert der Nidwaldner IV-Stellenleiter Andreas Dummermuth, einer der besten Kenner der Materie.

Dieses System führt heute fast zwangsläufig in die «Rentenfalle»: Ein Mann hat Beschwerden, der Arzt schreibt ihn krank, die Krankenkasse zahlt, dem Arbeitgeber ists egal (oder er stellt ihn auf die Strasse), der Anwalt legt Beschwerde ein – und wenn der Fall nach 12 bis 18 Monaten bei der IV landet, bleibt nur noch die Rente übrig. Mit der Früherfassung und Begleitung, dem Herzstück der 5. IV-Revision, soll dieser zynische Teufelskreis endlich durchbrochen werden. Das Ziel ist hoch gesteckt, Sozialminister Pascal Couchepin will die Neurenten um zehn Prozent senken.

Auch die Parteien scheinen den Ernst der Lage begriffen zu haben. An den Von-Wattenwyl-Gesprächen von morgen Freitag wollen sie gemeinsam festlegen, wie die Invalidenversicherung wieder auf die Beine kommt. Die Behindertenverbände unterstützen ebenfalls Couchepins 5. IV-Revision, obschon sie für Einzelne schmerzhaft werden kann. So viel Konsens ist in der eidgenössischen Politik eher ungewöhnlich. Selbst Arbeitgeber und Gewerkschaften sind sich einig und fordern gemeinsam eine bessere Integration. Mit gutem Grund: Der Freiburger Sozialversicherungsexperte Erwin Murer schätzt, dass pro Jahr ein bis zwei Milliarden Franken gespart werden könnten, wenn schneller eingegriffen und so die Desintegration verhindert würde.

Wer länger krankgeschrieben ist, kehrt nämlich selten an seinen Arbeitsplatz zurück. «Psychisch Kranke, die einmal in der Klinik waren, verlieren meistens ihre Stelle», sagt Jürg Gassmann, Zentralsekretär der Pro Mente Sana. Die Unternehmen, oft selber am Anschlag, haben keine Lust, sich um leistungsschwächere Angestellte zu kümmern. Das Abwesenheitsmanage-

ment, mit dem sich Arbeitgeber wie die Migros um arbeitsunfähige Mitarbeiter kümmern, ist vielen Betrieben unbekannt. Internationale Studien zeigen jedoch, dass die Rückkehrquote der kranken Mitarbeiter umso besser ist, je weniger sie um ihren Arbeitsplatz fürchten müssen. «Back to work» heisst deshalb die Devise.

Mit den Integrationsmassnahmen, wie sie im Entwurf zur 5. IV-Revision zumindest skizziert sind, wird dieser neue Weg eingeschlagen: Case Management, Arbeitstraining oder Umschulungen sollen dazu beitragen, dass «schwierige Fälle» nicht kurzerhand mit einer Rente entsorgt werden. Wer im Arbeitsprozess nicht mehr mithalten kann, soll wie die Arbeitslosen intensiv begleitet und wenn immer möglich weitervermittelt werden. Von der Rente wird gar nicht geredet. Stattdessen müssten «Erwerbsunfähige» für zwei (oder allenfalls vier) Jahre mit einem Taggeld auskommen. Und sie würden verpflichtet, sich aktiv an den Eingliederungsmassnahmen zu beteiligen. Wer sich sträubt, hätte mit der Kürzung des Taggeldes zu rechnen.

Nur acht Prozent aller Betriebe beschäftigen eine behinderte Person.

Nur: Was hilft es, wenn die Leute fit gemacht werden und dann keine Chance haben, irgendwo beschäftigt zu werden? Das Prinzip «Eingliederung statt Rente», das die Invalidenversicherung eigentlich auszeichnet, ist in der heutigen Arbeitswelt zur Floskel verkommen. Lediglich acht Prozent aller Betriebe beschäftigen einen Behinderten. Das sind derzeit 27 000 Personen oder 0,8 Prozent aller Stellen im primären Arbeitsmarkt. «Diese Quote ist im Vergleich mit Nachbarländern niedrig und schöpft das Potenzial möglicher Arbeitsplätze nicht aus», heisst es in einer aktuellen Studie des Bundesamtes für Sozialversicherung. Die Betriebe selber schätzen, dass acht Prozent der Arbeitsplätze, also zehnmal mehr als heute, durch behinderte Personen besetzt werden könnten. In der Versicherungsbranche wäre ein Fünftel der Arbeitsplätze dafür geeignet.

Mit schönen Aufrufen wird sich an dieser Misere nichts ändern. Es braucht, zum einen, mehr Unterstützung für jene Betriebe, die behinderte oder leistungsschwache Personen beschäftigen wollen. Zum Beispiel durch das «Job Management», das ihnen bei Schwierigkeiten zur Seite steht oder nicht geeignete Personen allenfalls zurücknimmt. Und es braucht, zum Zweiten, handfeste Anreize, damit sich die Arbeitgeber nicht länger um die Behinderten foutieren. Das haben jetzt endlich auch bürgerliche Parteien wie die CVP erkannt, die bei der 4. IV-Revision davon noch nichts wissen wollten.

Welche Anreizstrategie am vielversprechendsten ist, muss sich noch zeigen. Es müssen nicht zwingend «Behindertenquoten» wie in anderen Ländern eingeführt werden. Jenen Betrieben, die leistungsschwächere Personen beschäftigen, könnten die Sozialversicherungsbeiträge erlassen oder die Lohnkosten mit Zuschüssen vermindert werden. Oder sie könnten bei der Vergabe öffentlicher Aufträge bevorzugt werden, wie das zum Beispiel im Kanton Tessin gilt.

Wie auch immer: Wenn die Politik jetzt gewillt ist, die Wiedereingliederung zu fördern, muss auch die Wirtschaft mitziehen. Insbesondere für jüngere Frauen und Männer ist es eine trostlose Perspektive, ein Leben lang mit einer Rente, aber ohne Arbeit verbringen zu müssen.